



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

January 2022 | DE

TGV2/E7: Europäisches Jahr der Jugend 2022: Mehr Mitsprache für junge Menschen sollte beim Klimaschutz beginnen

Zu Beginn des aktuellen Europäischen Jahres der Jugend 2022 fragen wir drei wichtige Persönlichkeiten, was sie sich am meisten für dieses Jahr wünschen. Für alle drei wäre es ein gelungenes Jahr, wenn junge Menschen einen Platz an dem Tisch bekämen, an dem die Erwachsenen über Wohl und Wehe des Klimaschutzes entscheiden. Für **Adélaïde Charlier**, eine der Anführerinnen der *Fridays for Future*-Bewegung, darf das Europäische Jahr der Jugend in dieser Hinsicht keinesfalls scheitern. EWSA-Vizepräsident **Cillian Lohan** und EU-Umweltkommissar **Virginijus Sinkevičius** zollen der Jugend Europas Respekt für ihre Proteste, die uns allen die Augen geöffnet und diese brennende Frage an die Spitze der EU-Agenda katapultiert haben.

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)

- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Gemeinsam die Energie finden, um optimistisch und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken

Zunächst möchte ich mein großes Bedauern über das unerwartete Ableben des Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli zum Ausdruck bringen. Im Mai 2020 wies dieser darauf hin, dass die Pandemie uns gezeigt hat, dass wir in der EU über eine „wunderbare Ressource“ verfügen – die europäische Zivilgesellschaft. Wir werden ihn sehr vermissen.

Es ist nun zwei Jahre her, dass wir erstmals von COVID-19 gehört haben. Bei den ersten Meldungen über ein Virus, das eine globale Pandemie auslösen könnte, haben wir sicher nicht erwartet, dass es uns auch 2022 noch so beschäftigen würde.

Zu Beginn des neuen Jahres versuchen wir ein weiteres Mal, die Energie aufzubringen, um optimistisch und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Das Motto des französischen EU-Ratsvorsitzes – Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit – scheint durchaus angemessen. Präsident Macron erläuterte die drei Schwerpunkte des Ratsvorsitzes und legte seine Überlegungen zu einem souveräneren Europa, einem europäischen Wachstumsmodell und einem humanistischen Europa dar.

Auch wenn wir uns vielleicht endlich lieber wieder anderen Dinge als der Pandemie zuwenden würden, sind die vor uns liegenden Herausforderungen doch zu groß und müssen unabhängig davon angegangen werden, wie sich Corona weiterentwickelt.

Die europäische Verteidigung wird angesichts der überall auf der Welt auftretenden Spannungen, die ein Schlaglicht auf diese Fragen werfen, einen neuen Schwerpunkt bilden.

Der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Abstimmung wird eine zentrale Rolle zukommen, was auch die für Juni geplanten Westbalkan-Konferenz widerspiegelt.

Nächsten Monat wird Frankreich gemeinsam mit Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Gipfeltreffen organisieren, an dem die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Afrikanischen Union teilnehmen werden. Ziel dieses Gipfels ist ein wirtschaftlicher und finanzieller New Deal mit Afrika. Außerdem beabsichtigt der französische Ratsvorsitz, in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Klima tätig zu werden, wo die Herausforderungen ebenso groß sind wie jene, mit denen Afrika konfrontiert ist.

Dieses Jahr wurde zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen, und die Führungsstärke junger Menschen in Klimafragen zeigt, wie viel durch gemeinsames gesellschaftliches Engagement erreicht werden kann. Dank der Jugendbewegung steht die grüne Agenda jetzt ganz oben auf der Liste der politischen Prioritäten. Der schwierige Weg hin zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 soll dieses Jahr in einer Reihe von Legislativvorschlägen detailliert dargelegt werden. Dies wird zwar sehr herausfordernd sein und einen tiefgreifenden Wandel erfordern, ist jedoch nach all den Jahren, in denen die Maßnahmen in den Bereichen Klima und Emissionen verschleppt wurden, unsere einzige Möglichkeit. Wir müssen dringend handeln und den Wandel nicht nur akzeptieren, sondern auch steuern, um zu gewährleisten, dass dessen Auswirkungen gerecht verteilt werden und die richtigen Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz der Schwächsten in der Gesellschaft vorhanden sind. Diese Denkweise hat sich im Zuge der Pandemie, die das Leben gerade der Schwächsten stärker bedroht, allmählich durchgesetzt.

Darüber hinaus stehen natürlich auch die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas an. Im EWSA haben wir uns engagiert, Veranstaltungen und Konsultationen organisiert und uns intensiv darum bemüht, der Stimme der Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinwesen aus ganz Europa Gehör zu verschaffen. Es kommt entscheidend darauf an, dass die EU einen Weg findet, die Menschen auf der persönlichen Ebene zu erreichen und ihre unterschiedlichen Anliegen zu berücksichtigen. Es bleibt abzuwarten, ob die Konferenz zur Zukunft Europas dies zu leisten imstande sein wird. Der EWSA wird jedenfalls auch weiterhin als Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass alle Standpunkte in die Debatten über die gemeinsame Gestaltung unserer Zukunft einfließen.

Cillian Lohan, EWSA-Vizepräsident

BITTE VORMERKEN

31. Januar 2022, Brüssel

Kritische Rohstoffe: ein wesentlicher Baustein für die Zukunft Europas

4. Februar 2022, Brüssel

Neuer Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025)

11. Februar 2022, Brüssel

Konferenz zum Thema „Grundrechte im digitalen Zeitalter“

23./24. Februar 2022, Brüssel

EWSA-Plenartagung



ZUR SACHE

In unserer Kolumne „Zur Sache“ befragen wir EWSA-Mitglieder zu Stellungnahmen zu wichtigen Themen mit Auswirkungen auf den Lebensalltag der Menschen in der EU.

Diesmal ist **Stefan Back** an der Reihe, Berichterstatter für die Stellungnahme zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) einschließlich Seeverkehr sowie Marktstabilitätsreserve.



STEFAN BACK: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DES ÜBERARBEITENDEN EMISSIONSHANDELSSYSTEMS

Der EWSA erachtet den Vorschlag für das Emissionshandelssystem (EU-EHS) als einen der Schlüsselvorschläge des Pakets „Fit für 55“, mit dem das übergeordnete Ziel verfolgt wird, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken. Zur Verwirklichung dieses Ziels wurde das EU-EHS noch ehrgeiziger gestaltet und die Zahl der verfügbaren Zertifikate verringert. In dem EU-EHS-Vorschlag wird betont, dass alle Sektoren ihren Beitrag leisten müssen, um die Ziele des Pakets „Fit für 55“ zu erreichen. Da seit 1990 keine Verringerung bei den verkehrsbedingten Emissionen zu verzeichnen war, wird diesem Sektor Priorität eingeräumt.

Mit dem Vorschlag wird das EU-EHS neben dem bereits erfassten Luftverkehr auch auf den Seeverkehr ausgeweitet, und zwar für Fahrten von und zu EU-Häfen. Außerdem wird ein eigenes Parallelsystem für den Straßenverkehr und für den Gebäudesektor vorgeschlagen, bei dem die Händler keine Betreiber, sondern Unternehmen sind, die fossile Brennstoffe vertreiben. Für Betreiber wird damit ein Preissignal ähnlich einer Treibstoffsteuer eingeführt.

Das überarbeitete EU-EHS wird hoffentlich dazu beitragen, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, Anreize für die Entwicklung emissionsneutraler Lösungen zu bieten und Innovationen zu mobilisieren.

Allerdings zieht es auch erhöhte Kosten für die Sektoren nach sich, die im EU-EHS erfasst sind. Dies wird wiederum Auswirkungen auf das allgemeine Kostenniveau haben und

könnte zudem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie beeinträchtigen, wenn keine weiteren Länder dem Vorbild der EU folgen.

Mit dem CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) soll sichergestellt werden, dass Billigerzeugnisse, die unter weniger strengen Bedingungen hergestellt werden, auf dem EU-Markt nicht wettbewerbsfähig sind. Es deckt jedoch nicht alle Sektoren ab, die Dienstleistungen erbringen, wie beispielsweise den Verkehrssektor, und sorgt auch nicht für eine Exportförderung von Waren und Dienstleistungen.

Daher ist es unverzichtbar, dass es der EU-Klimadiplomatie gelingt, andere Länder davon zu überzeugen, dem Beispiel der EU zu folgen.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass höhere Kosten zu Energie- und Mobilitätsarmut führen.

Die Umstellung auf eine emissionsfreie Gesellschaft geht mit der Notwendigkeit einher, die Arbeitnehmer durch Weiterbildung und Umschulung auf die neuen Kompetenzanforderungen vorzubereiten.

Übergangsprobleme sollen im Rahmen dieses Pakets mit verschiedenen Fonds bewältigt werden, namentlich dem Modernisierungsfond, dem Innovationsfonds und dem Sozialfonds, die weitgehend aus Einnahmen aus dem EU-EHS und dem CO₂-Grenzausgleichssystem finanziert werden. Im Falle der Annahme der Vorschläge werden diese Mittel indes nicht ausreichen, um die für die Umstellung notwendigen umfangreichen Investitionen zu finanzieren.

Der Straßenverkehr, der Gebäudesektor und die Binnenschifffahrt unterliegen zudem der Lastenteilungsverordnung, d. h., ihre im Rahmen des EU-EHS erzielten CO₂-Verringerungen werden auf die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Erfüllung der Reduktionsquoten angerechnet.

Gleichzeitig bedeutet dies möglicherweise zusätzliche Einschränkungen, wenn ein Mitgliedstaat mehr CO₂-Emissionen abbauen muss.

Der Straßengüterverkehr und der Seeverkehr könnten von dem neuen EU-EHS besonders stark betroffen sein, da es für sie noch keine kostengünstige emissionsfreien Lösungen gibt.

Zusammenfassend werden in der einschlägigen EWSA-Stellungnahme folgende wesentliche Herausforderungen ermittelt:

- höhere Kosten für die Industrie und die Dienstleister in der EU, die deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen könnten;
- Gefahr von Energie- und Mobilitätsarmut;
- unumgängliche Anpassung der Industrie und des Dienstleistungssektors;
- Umschulung und Weiterbildung der Arbeitnehmer;
- Mobilisierung der notwendigen Investitionen für den Wandel. Die EU-Mittel helfen dabei, sind aber keinesfalls ausreichend;
- andere Länder davon überzeugen, dem Beispiel der EU zu folgen – eine wesentliche Herausforderung für die EU-Klimadiplomatie.

Die organisierte Zivilgesellschaft unterstützt ausdrücklich die mit diesem Paket verfolgten Ziele. Damit dieses Paket auch wirklich von Erfolg gekrönt ist, müssen Probleme allerdings rechtzeitig erkannt und geeignete Lösungen gefunden werden.

Die Herausforderungen sind zweifellos gewaltig, aber wenn wir Erfolg haben, werden die potenziellen Vorteile einer Europäischen Union, die den Weg für eine emissionsfreie Welt ebnet, ebenso außerordentlich sein. Wenn wir die sozialen Fragen bewerkstelligen und die notwendigen Investitionen mobilisieren können, können wir die Welt in eine emissionsfreie Ära führen.

Stefan Back, EWSA-Mitglied



LUCA JAHIER: NACHRUF AUF DAVID SASSOLI, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, VERSTORBEN AM 11. JANUAR 2022

Mit tiefer Trauer erfüllt uns der Verlust eines Freundes, eines prägenden Journalisten, eines einzigartigen und feinsinnigen Politikers, eines großen Europäers. Er hinterlässt eine Lücke, die niemand schließen kann. Er hat während der Pandemie die Geschicke der Europäischen Union verändert, als er dafür sorgte, dass das Parlament seine Arbeiten fortführte und stets an der Seite der Schwächsten stand. Dabei griff er auch zu gänzlich ungewöhnlichen Mitteln. So ließ er beispielsweise in der ersten Pandemiewelle eines der Parlamentsgebäude räumen, um es als Notunterkunft für von COVID-19 betroffene Frauen und alleinerziehende Mütter zur Verfügung zu stellen.

Europa hat noch viel zu sagen, wenn wir alle es schaffen, mit einer Stimme zu sprechen. Wenn wir in der Lage sind, die politische Debatte in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger zu stellen – und wenn das Europäische Parlament ihre Wünsche, Ängste und Bedürfnisse hört. Dies ist der Wesenskern seines politischen Handelns als Präsident des Europäischen Parlaments, dessen Wahl nach den Europawahlen 2019 für viele überraschend kam.

Er war der Brückenbauer in einem Parlament, das gespaltener war als je zuvor. Er hat es geschafft, für das überaus transformative und gänzlich auf den notwendigen Wandel hin zu einem ausgewogenen, innovativen, sozialen, strategisch unabhängigen, werte- und rechtsbasierten Europa ausgerichtete politische

Programm der designierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine beispiellose Mehrheit sicherzustellen. Wenn es darum ging, alle zur Bewältigung der Pandemie notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und eine möglichst breite demokratische Teilhabe an den zahlreichen dringenden Entscheidungen zu gewährleisten, die das Antlitz Europas verändert haben, war er ein fester Bezugspunkt. Schließlich gab er auch den entscheidenden Impuls, um innerhalb weniger Monate die Vorschläge von Präsident Macron, Kanzlerin Merkel und der Europäischen Kommission mit beispiellosem Rückenwind des Europäischen Parlaments zum größten Aufbau- und Resilienzplan der europäischen Geschichte zu machen.

Er war ein ehrbarer und liebenswürdiger Mann, Journalist und Politiker. Er verstand es, die Dinge und auch sich selbst richtig einzuschätzen. Er gehörte zu den wenigen, die weder bei seinen Auftritten noch in seinen Führungspositionen das (falsche) Gefühl der Omnipotenz vermittelten. Seine drei natürlichen Stärken – Kohärenz, Loyalität und Höflichkeit – machte er zu den drei mächtigsten Waffen seines Lebens und seines politischen Handelns. Da ich oft persönlich mit ihm zu tun hatte, erinnere ich mich gerne, wie er mit seinem Lächeln und seinem Blick stets einen persönlichen Kontakt zu seinem Gegenüber suchte – eine sein Handeln und seinen Erfolg prägende Eigenschaft.

Er war ein Vorbild für uns alle, verstand es, jedem mit einem Lächeln zu begegnen und aus dieser klugen Sanftmut die Energie für ein gemeinsames Handeln im Dienste der Menschen zu ziehen. Er war ein im katholischen Glauben verwurzelter Demokrat mit einer lebendigen und tiefen Spiritualität, inspiriert durch seinen Namensgeber David Maria Turoldo, durch Giuseppe Dossetti und durch Giorgio La Pira, dessen Gedankengut er als Journalist der Öffentlichkeit bekannt machte.

Die folgenden Zeilen stammen aus seiner letzten Weihnachtsbotschaft, aufgezeichnet kurz bevor er erneut ins Krankenhaus eingeliefert wurde: „Wir sind die Hoffnung, wenn wir vor den Bedürftigen nicht die Augen verschließen, wenn wir an unseren Grenzen keine Mauern bauen, wenn wir gegen Ungerechtigkeit kämpfen. Die besten Wünsche an uns alle. Geben wir die Hoffnung nie auf“.

Danke David. In Gedanken bei Sandra und Euren Kindern, die Du so sehr geliebt hast.

Luca Jahier

lang="IT" style="color:black">Der Nachruf erschien auf dem italienischen Internetportal VITA am 11. Januar 2022.

Luca Jahier, italienischer Journalist, seit 2022 Mitglied und von 2018 bis 2020 Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an...“ sprechen wir mit Thierry Libaert über ein Thema, das die Öffentlichkeit nachhaltig beschäftigt, nämlich die Bekämpfung von Desinformation.

Thierry Libaert ist seit 2010 Mitglied des EWSA und gehört der Gruppe Vielfalt Europa an. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel über Europa, Kommunikation, Umwelt oder auch Krisen geschrieben, ist Ansprechpartner der französischen Delegation und Ko-Vorsitzender der Interessengruppe Verbraucher und Umwelt. (ehp)



Die Bekämpfung von Desinformation muss absolute Priorität haben.

EWSA info: Sie sind Berichterstatter für die Stellungnahme zu den Leitlinien der Europäischen Kommission für die Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, die der EWSA auf seiner Plenartagung im Dezember 2021 verabschiedet hat. Inwieweit stellt Desinformation eine Bedrohung für die Demokratie dar, und wie und mit welchen Mitteln kann die Zivilgesellschaft gegen Fake News vorgehen?

Thierry Libaert: Desinformation ist eine Bedrohung für die Demokratien, da sie unser legitimes Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen oder die Wissenschaft untergräbt. Eine falsche, aber sofort verständliche Information ist oft gefälliger als komplexe Fakten. Desinformation ist nicht nur eine Frage von Leichtgläubigkeit, bisweilen soll sie im Interesse geopolitischer Ziele, insbesondere bei Wahlen, auch destabilisieren.

Im Mittelpunkt der am 9. Dezember 2021 verabschiedeten Stellungnahme steht die Forderung an die Europäische Kommission, entschlossener gegen die Verbreitung von Desinformationen vorzugehen, statt nur die Auswirkungen abmildern zu wollen. Ein Brand lässt sich zwar eindämmen, besser ist es jedoch, seine Entstehung zu verhindern.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, gegen Desinformation vorzugehen, zum Beispiel die Bekämpfung ihrer Monetarisierung. Unsere Arbeitsgruppe hat festgestellt, dass Desinformation ein regelrechtes Geschäft ist. Da falsche Informationen im Durchschnitt sechsmal schneller als richtige weitergegeben sowie häufiger geteilt und kommentiert werden, erhöhen sie die Aktivität einer Internetplattform. So hat diese größere Chancen, Werbeeinnahmen zu erzielen. Schätzungen zufolge werden auf diese Weise jährlich mehr als 400 Mio. EUR verschleudert.

Desinformation betrifft nicht nur die sozialen Medien und die großen digitalen Plattformen. Auch die traditionellen Medien tragen hier Verantwortung, insbesondere die rund um die Uhr aktiven TV-Nachrichtensender, bei denen unzählige Pseudoexperten zu Wort kommen. Die Medien müssen stärker auf die tatsächliche Kompetenz ihrer Interviewpartner achten, und die Öffentlichkeit muss mehr

Medienkompetenz entwickeln, damit sie entsprechende Äußerungen besser entschlüsseln kann.

Die Bekämpfung von Desinformation darf keinesfalls als Vorwand dienen, um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden. Die vom EWSA empfohlene Medienkompetenz zielt in erster Linie darauf ab, alle Menschen in die Lage zu versetzen, wirklich zwischen einer wissenschaftlichen Erkenntnis und einer bloßen Meinung zu unterscheiden. Die Anhänger Trumps in den USA und die Populisten in Europa, insbesondere diejenigen, von denen der Brexit ausging, haben deutlich gemacht, welche Gefahr die Verbreitung falscher Informationen für unsere Demokratie darstellt.

Die Bekämpfung von Desinformation muss absolute Priorität haben, so die Botschaft des EWSA.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir in der Rubrik „Unser Überraschungsgast“ Persönlichkeiten vor, die durch ihre Arbeit und ihr Engagement Vorbildwirkung haben –

im Januar haben wir Maria Demertzis, stellvertretende Direktorin des 2005 in Brüssel gegründeten und auf Wirtschaft

spezialisierten europäischen Thinktanks Bruegel, und Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung in Paris, eingeladen. Diese 1991 nach dem Fall der Berliner Mauer gegründete Stiftung setzt sich für das europäische Einigungswerk ein. Unsere Gäste erläutern die Chancen und Herausforderungen der französischen EU-Ratspräsidentschaft, die an einem Wendepunkt in der Entwicklung Europas stattfindet.

Maria Demertzis ist stellvertretende Direktorin bei Bruegel. Davor arbeitete sie bei der Europäischen Kommission und in der Forschungsabteilung der niederländischen Zentralbank. Außerdem bekleidete sie akademische Positionen an der *Harvard Kennedy School of Government* in den USA und an der Universität Strathclyde im Vereinigten Königreich, an der sie in Wirtschaftswissenschaften promovierte. Sie veröffentlichte zahlreiche Artikel in internationalen akademischen Zeitschriften und war regelmäßig an der Gestaltung politischer Maßnahmen der Europäischen Kommission und der niederländischen Zentralbank beteiligt.

Jean-Dominique Giuliani ist seit 2000 Präsident der Robert-Schuman-Stiftung in Paris. Er unterstützte die Europäische Kommission als Sonderberater und war davor als Rechtsberater im französischen Staatsrat, Kabinettschef des französischen Senatspräsidenten René Monory (1992–1998), Vorstandsmitglied in der *Taylor Nelson Sofres Group* (1998–2001) und Präsident des *Institut libre d'étude des relations internationales* (ILERI) (2019–2021) tätig. Er ist Gründer des Unternehmens *J-DG.com – International Consultants* und gehört

dem Aufsichtsrat von ARTE France an. Als Autor zahlreicher Bücher über die Europäische Union, darunter *La grande bascule – Le XXI^e siècle européen* (2019), Mitherausgeber des *Permanent Atlas of the European Union* (2021), Leitartikler und regelmäßiger Verfasser von Beiträgen für diverse Medien äußert er sich sowohl in Frankreich als auch im Ausland häufig zu europäischen Fragen, für die er als einer der profiliertesten Experten gilt. (ehp)



Marta Demertzis: Neues Wachstumsmodell für Europa

Zu Beginn des neuen Jahres übernahm Frankreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Im Zentrum dieses von Anbeginn sehr ehrgeizigen Vorsitzes stehen Maßnahmen zur Erkundung eines neues Wachstumsmodells für die Europäische Union. In Zeiten eines tiefgreifenden Wandels ist dies unerlässlich.

Die wichtigsten Wachstumskomponenten – Bildung und Qualifikationen, Unternehmertum und Finanzierung – sowie ein gut funktionierender Staat mit stabilen Institutionen sind zwar weiterhin unabdingbar. Ein überzeugendes und nachhaltiges Wachstum erfordert jedoch einen dreifachen Kurswechsel.

Politische Zusammenarbeit – nicht Wettbewerb – ermöglicht gute Ergebnisse. Die meisten geltenden nationalen und internationalen Vorschriften orientierten sich am Wettbewerb und an gleichen Wettbewerbsbedingungen. Angesichts der neuen globalen Technologieriesen und des Auftritts Chinas auf den globalen Märkten ist es jedoch sehr schwierig, die Bedingungen zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs für alle zu überwachen und aufrechtzuerhalten. Das Konzept gleicher Wettbewerbsbedingungen setzt voraus, dass wir alle gleich sind. Das wäre zwar wünschenswert, die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Diese Tatsache wird bei unserem Streben nach gleichen Wettbewerbsbedingungen einfach außer Acht gelassen. Bei Zusammenarbeit und Koordinierung geht es hingegen darum, für alle akzeptable Ergebnisse zu erzielen. Die Frage nach den wirksamsten Förderungsmöglichkeiten muss bei der Entscheidungsfindung im Vordergrund stehen.

So erreicht die EU in Europa beispielsweise viel mehr, wenn sie ihre Maßnahmen intern [koordiniert](#) und nach außen mit einer Stimme spricht. Die entschlossene, rasche und klare Reaktion der EU während der Pandemiekrise (insbesondere im Vergleich zu jener während der Finanzkrise) hat gezeigt, wie wirksam die Zusammenarbeit sein kann, um gute Ergebnisse zu erzielen.

Ökologisierung statt Grünfärberei. Die EU hat zweifelsohne und zu Recht ausgesprochen ehrgeizige Ziele für ihre Klimapolitik festgelegt. Sie steht dabei allerdings vor enormen ungelösten [Problemen](#). So muss sie auch ihre Aufrichtigkeit unter Beweis stellen und [den Worten Taten folgen lassen](#). Die kürzlich vorgelegte Taxonomie für grüne Investitionen ist bspw. ein sehr wichtiges Instrument, das in diesem Zusammenhang allerdings auch auf Widerspruch stoßen kann. Ebenso hat die Europäische Zentralbank – ein wichtiger Akteur in diesem Bereich – die Ökologisierung der Geldpolitik zu Recht zu ihren Hauptzielen erklärt. Sie verfügt aber nicht über die erforderlichen Instrumente, um dies zu erreichen und um die [Kosten](#)

[für ein Scheitern](#) der Klimaziele zu tragen, ohne dabei ihre anderen finanziellen Ziele zu vereiteln. Die EU wiederum schafft es zwar, die Produktion in Europa zu ökologisieren, von einer Ökologisierung des Verbrauchs ist sie jedoch weit entfernt. Die sehr wahrscheinliche Besteuerung umweltschädlicher Einfuhren ist zwar ein richtiger Schritt in diese Richtung. Gleichzeitig muss aber dafür gesorgt werden, dass ärmeren Ländern der Zugang zum EU-Markt nicht verwehrt wird. Dies ist eine sehr schmale Gratwanderung, die die EU – unbeschadet aller Verlockungen der Grünfärberei – bewältigen muss.

Zeit für Abkommen auch mit jenen, die nicht unsere Werte teilen. Zu oft wird gesagt, dass wir für die Lösung der globalen Probleme auf strategische Allianzen der Gleichgesinnten angewiesen seien. In seinem Streben nach Fortschritt müsse Europa – in gewisser Hinsicht verständlicherweise – mit jenen reden, die gleichgesinnt sind und dieselbe Sprache sprechen. Dies, so heißt es weiter, ver helfe Europa zu mehr Gewicht und somit auch zu mehr Verhandlungsmacht im Umgang mit denen, die nicht unsere Werte teilen. Wenn es jedoch darum geht, globale Probleme zu lösen, müssen nicht alle Betroffene umfassende strategische Allianzen, die Übereinkommen erzielen, diese Ergebnisse dann der Gegenseite übermitteln. Und die Gegenseite schätzt es nicht sonderlich, vor die Wahl eines „friss oder stirb“ gestellt zu werden. In Bezug auf globale öffentliche Güter wie das Klima müssen alle an den Verhandlungen teilhaben und einen Beitrag leisten, der ihrer Kapazität angemessen ist. Wir müssen unbedingt das Gespräch auch mit denjenigen suchen, die nicht unserer Meinung sind, wenn wir nachhaltige Fortschritte erzielen wollen.

Eine Kursänderung ist erforderlich, um sowohl die globalen als auch die internen Probleme zu lösen. Wir können es uns nicht länger leisten, auf einen „perfekten Wettbewerb“ zu pochen und uns auf gute Absichten zu verlassen, und schon gar nicht, nur mit uns Gleichgesinnten zu verhandeln: Hoffen wir, dass wir 2022 auf diesem neuen Weg vorankommen.

Maria Demertzis, stellvertretende Direktorin von Bruegel



Jean-Dominique Giuliani: 2022 – der richtige Zeitpunkt für einen tatkräftigen Wiederaufbau

Jede Krise bringt die Europäische Union voran. Angesichts der Coronavirus-Pandemie hat sie sowohl medizinisch als auch wirtschaftlich Handlungsfähigkeit bewiesen. Schon lange hatte die Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten nicht mehr so schnell greifbare Ergebnisse gezeitigt. Die Impfstoffe sind verfügbar und werden auch in Drittländer exportiert, die sie benötigen. Die massive Unterstützung der Wirtschaft zeigt Wirkung und führt dazu, dass die wirtschaftspolitische Steuerung der Union überdacht wird. Die Europäische Zentralbank hat erneut unter Beweis gestellt, dass sie die Menschen in Europa schützen kann, indem sie die Unterstützung der Finanzkreisläufe angesichts der angespannten Lage ermöglichte.

Unter Nutzung ihrer Reaktionsfähigkeit muss die Union nun den eigenen Wandel weiter vorantreiben.

Zwei wichtige, vielleicht sogar entscheidende Dinge stehen auf dem Spiel: ihr Wohlstand und ihre Sicherheit. Sie muss sich Regeln für das Funktionieren der europäischen Wirtschaft geben, die an die

Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels angepasst sind. Durch die gebündelte Nutzung der Märkte kann die Union erhebliche Mittel für Zukunftsinvestitionen mobilisieren. Gemeinsame Schulden sollten sie nicht abschrecken, wenn es um Investitionen und damit um den Übergang zu einer neuen Wirtschaft geht. Sie hat schnell begriffen, was nützt, und muss jetzt ihre Prinzipien der wirtschaftspolitischen Steuerung überarbeiten.

Die Sicherheit der Union ist an den Außengrenzen nunmehr von revisionistischen Mächten bedroht, die nicht mit ihrer Wirtschaftskraft konkurrieren können und daher jeglichen Vorwand nutzen werden, um sie zu verunsichern, zu destabilisieren und zu bekämpfen. Gestützt auf seine friedlichen Grundsätze muss Europa nun lernen, sich auf den Krieg vorzubereiten, um ihn nicht führen zu müssen. Den Krieg vor dem Krieg zu gewinnen, heißt, ganz klar den Willen zu eigenständigem Denken und Handeln zu demonstrieren.

Gelingt es den Europäern, diesen beiden Erfordernissen gemeinsam gerecht zu werden, beginnt eine neue Ära der europäischen Integration.

Die ruhige Kraft, die eine Europäische Union ausstrahlt, die die anstehenden Herausforderungen mit vereinten Kräften angeht, ist die beste Werbung für ihr Modell der Freiheit und der Solidarität. Indem sie sich mit jedem ihrer Mitglieder solidarisch zeigt und für Solidarität zwischen allen Europäerinnen und Europäern sorgt, hält die Union ein Gesellschaftsmodell hoch, das stets den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Sie muss stolz auf dieses Modell sein und dafür auch gegenüber neuen autokratischen Gegnern eintreten, die es in Frage stellen.

Deshalb darf sie weder Angst vor wirtschaftlicher Macht noch vor wirtschaftlicher Kreativität haben. Und sie muss mutig sein. Dann kann sie optimistisch in die Zukunft blicken.

Jean-Dominique Giuliani: Präsident der Robert-Schuman-Stiftung

EWSA



Den Wiederaufschwung zum Erfolg machen: EWSA unterstreicht die Schlüsselrolle der organisierten Zivilgesellschaft

Der EWSA und die Europäische Kommission müssen sich gemeinsam für ein Europa engagieren, das die Pandemie überwindet und die Erholung konsolidiert - für ein wohlhabendes, sozial inklusives und ökologisch nachhaltiges Europa. So lautete auf der Dezember-Plenartagung des EWSA die zentrale Botschaft von Präsidentin Christa Schweng an die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und den für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau zuständigen Vizepräsidenten Maroš Šefčovič.

Schweng begrüßte, dass viele Vorschläge und Empfehlungen des EWSA aus seiner Entschließung vom Juni 2021 im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 berücksichtigt wurden, und erklärte: „Unsere Prioritäten stehen eng mit denen der Europäischen Kommission im Einklang, die wir auch weiterhin bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Ziele unterstützen werden. Wir müssen außerdem dafür eintreten, dass die organisierte Zivilgesellschaft sich in einer offenen, wertebasierten Gesellschaft frei entfalten kann. Lassen Sie uns Europa gemeinsam lebenswert und blühend machen!“

Kommissionspräsidentin von der Leyen würdigte die Arbeit des EWSA: „Der Ausschuss hat seine Aufgabe stets sehr engagiert und entschlossen wahrgenommen: den Menschen Gehör zu verschaffen – als die Stimme von Unternehmen, Beschäftigten und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir sind und bleiben stets enge Partner – sowohl bei der jährlichen politischen Planung als auch bei langfristigen Zukunftsvorhaben.“

Auch Maroš Šefčovič dankte dem Ausschuss für seine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Er würdigte die „Verbindungen zwischen den beiden Institutionen“ als „quicklebendig“ und nannte die EWSA-Mitglieder die „besten Botschafter für die Europäische Union“. (mp)



Europäisches Jahr der Jugend 2022: Ergebnisse statt Hype

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt, dass 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen wurde, mahnt jedoch, dass es über bloße PR-

Kampagnen hinausgehen und mit klaren Plänen und Engagement zur EU-Jugendstrategie beitragen muss. Die Initiative muss sowohl die am stärksten gefährdeten als auch die jungen Menschen erreichen, die in benachteiligten Gebieten leben.

Hierfür sollte die EU klare Indikatoren und Ziele entwickeln, die sich auf Maßnahmen für junge Menschen und auf die Arbeit in verschiedenen Bereichen konzentrieren, damit die organisierten Aktivitäten kein Selbstzweck werden, unterstrich der EWSA in seiner [Stellungnahme](#) zum Europäischen Jahr der Jugend 2022.

„Der EWSA freut sich auf seine konstruktive Mitwirkung am Europäischen Jahr der Jugend 2022. Wir wollen, dass es für die europäische Jugend zu konkreten Ergebnissen in Bereichen führt, die für jungen Menschen relevant sind,“ so Berichterstatter **Michael McLoughlin**.

Der EWSA zeigt sich jedoch besorgt, dass die Agenda und die Prioritäten für das Europäische Jahr überfrachtet erscheinen, da sie zahlreiche Verpflichtungen und Verweise auf andere Initiativen, Haushaltsmittel und Politikbereiche enthalten.

„Der Vorschlag muss klar und präzise sein. Manchmal ist weniger mehr. Bei einer langen Liste von Politikbereichen und geteilten Zuständigkeiten besteht die Gefahr, dass eine klare Ausrichtung auf die zu erreichenden Ergebnisse und die jeweilige Zuständigkeit nicht klar zu erkennen sind,“ betonte Herr McLoughlin.

Der EWSA hält den Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen für die Entscheidung, 2022 zum Jahr der Jugend auszurufen, für richtig. Die COVID-19-Krise hat die jungen Menschen besonders hart getroffen, und ihre Folgen werden noch lange zu spüren sein, bei ihrer Bildung und ihrem sozialen, finanziellen und psychischen Wohlergehen. Allerdings ist der EWSA besorgt, dass der Vorschlag in halsbrecherischer Geschwindigkeit ausgearbeitet wurde,

da so die Gefahr besteht, dass wichtige jugendbezogene Initiativen eher für öffentlichkeitswirksame politische Ankündigungen genutzt werden, anstatt eine langfristige systematische Entwicklung zu fördern.

Auch die Umsetzung des Jahres auf nationaler Ebene ist betroffen, da den nationalen Stellen extrem wenig Zeit zur Verfügung steht, um in den verschiedenen Mitgliedstaaten Aktionen auf die Beine zu stellen. Auch könnte es ihnen schwerfallen, die für das Jahr vorgesehenen Aktivitäten zu finanzieren.

Der EWSA schlägt daher die Bereitstellung von insgesamt 10 Mio. EUR anstelle der vorgesehenen 8 Mio. EUR vor, von denen zwei Millionen für die Koordinierung auf nationaler Ebene bereitgestellt werden sollten. Dies ist notwendig, um eine ausreichende Wirkung sicherzustellen und die Teilnahme zu fördern. (II)



Bekämpfung von Desinformation durch die EU: Maßnahmen gegen die Verbreiter und zum Schutz der Grundrechte

In einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme fordert der EWSA mehr Maßnahmen gegen Personen und Organisationen, die Falschinformationen verbreiten, wobei nicht so sehr auf die Bekämpfung der Folgen als auf Prävention zu setzen sei.

Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, welche Gefahr von Desinformation ausgeht. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im Anschluss an eine kritische Bewertung im Mai 2021 [Leitlinien](#) zur Stärkung des [Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation](#) veröffentlicht, um für mehr Sicherheit und Vertrauen im Online-Raum zu sorgen.

In seiner diesbezüglichen [Stellungnahme](#) erklärt der EWSA, dass die Kommission einen zu großen Schwerpunkt auf Inhalte und deren Moderation legt und die Verbreiter von Desinformation zu wenig ins Visier nimmt.

„Die Inhalte verändern sich ständig und die genutzten Plattformen entwickeln sich immer weiter, doch die Hauptakteure bleiben im Wesentlichen die gleichen und ihre Beweggründe ändern sich nicht“, so Berichterstatter **Thierry Libaert**.

Der EWSA stellt fest, dass das Geschäft mit Desinformation boomt, und begrüßt, dass die Kommission der Monetarisierung von Desinformation den Kampf ansagt. Falschinformationen verbreiten sich sechs Mal schneller als richtige Informationen. Sie werden öfter geliked und geteilt, verzeichnen eine größere Resonanz, erhalten mehr Aufmerksamkeit und locken mehr Besucher an. Das bringt den Anbietern eine

größere Wertschöpfung und mehr Werbeeinnahmen.

Wie Whistleblowerin Frances Haugen unlängst enthüllte, hat ihr Arbeitgeber Facebook das Phänomen zu einem festen Bestandteil seines Geschäftsmodells gemacht, statt es zu bekämpfen.

Um die Desinformation wirksamer an der Wurzel zu bekämpfen, sollte die Kommission jedoch ein Instrumentarium an verbindlicheren wirtschaftlichen, juristischen und finanziellen Maßnahmen in Erwägung ziehen, die über die freiwilligen Zusagen von in der Online-Werbeunternehmen hinausgehen.

„Die Europäische Union braucht mehr Kompetenzen, um wirksam gegen Desinformationen vorgehen zu können, die systematisch von feindseligen Akteuren verbreitet werden, hinter denen oftmals Regierungen bestimmter Drittländer stecken, unter anderem Russland und China“, erklärt der Berichterstatter.

Die nationalen Behörden benötigen nach Auffassung des EWSA mehr Unterstützung durch die Nachrichtendienste. Dringend erforderlich sei eine EU-weite Zusammenarbeit und ein entsprechender Wissensaustausch. In mehreren EU-Ländern sind die Medienfreiheit und die Rechtssysteme Bedrohungen ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund muss die Kommission dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation nicht als Vorwand dienen, um bürgerliche Freiheitsrechte (insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung) zu beschneiden.

Insbesondere in den Nachbarländern Russlands sollte die Kommission die Maßnahmen stärker auf nicht englischsprachige Inhalte konzentrieren und neben den etablierten Foren auch weniger bekannte Plattformen wie Vkontakte, Rumble, Odysee, Gab oder Parler stärker ins Visier nehmen. Letztere haben zwar weniger Besucher, gleichzeitig können sie aber weniger transparent agieren und bestimmte Gruppen leichter erreichen.

Weil ständig neue Netze entstehen, Desinformation mit immer ausgefeilteren Mitteln (wie Deepfake) verbreitet wird und einige Anwendungen im Grenzbereich zwischen Plattform und privatem Nachrichtendienst liegen (Telegram), müssen unmittelbar Maßnahmen ergriffen werden, sobald eine neue Gefahr erkannt wird. (dm)



[EWSA: Europäische Kommission muss bei der Ausrichtung der Wirtschaft und des Finanzwesens der EU auf Nachhaltigkeit mehr Ehrgeiz zeigen](#)

Auf seiner jüngsten Plenartagung debattierte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss mit EU-Kommissarin McGuinness über die Frage, wie sich ein grüneres, nachhaltigeres und stärker digitalisiertes Wirtschafts- und Finanzsystem in Europa bewerkstelligen lässt.

Auf der Plenartagung wurden mehrere Stellungnahmen verabschiedet, die dazu beitragen sollen, den Weg für eine wirklich nachhaltigere EU zu ebnen. In einer Initiativstellungnahme schlägt der EWSA die

Ausarbeitung neuer Indikatoren vor, um das BIP zu ergänzen und den Übergang zu erleichtern. In einer anderen unterstützt er das Ziel, Investitionen umzulenken. Er ist allerdings auch der Ansicht, dass viele der von der Kommission in ihrer neuen Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen vorgeschlagenen Maßnahmen oft zu zögerlich sind und das maßgebliche Konzept der sozialen Nachhaltigkeit außer Acht lassen. Darüber hinaus werden in der EU-Taxonomie ökologische und soziale Ziele nicht in gleichem Maße erfasst, und es bestehen Zweifel bezüglich der Behandlung umstrittener Wirtschaftstätigkeiten. In einer dritten Stellungnahmen begrüßt der EWSA die Idee eines neuen freiwilligen EU-Standards für grüne Anleihen. Er spricht überdies wichtige Empfehlungen aus, wie dieser Standard maßgeblich dazu beitragen kann, Anleger zu Investitionen in umweltfreundliche Projekte zu bewegen. (tk)



Freiwilligentätigkeit verdient breitere Anerkennung in der EU

Der EWSA fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Freiwilligentätigkeit systematisch und durchdacht zu unterstützen. Dies wäre eine Anerkennung des enormen Beitrags der Freiwilligentätigkeit zur sozialen Entwicklung Europas sowie ihrer entscheidenden Rolle bei der Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und der Förderung der sozialen Inklusion.

In seiner [Initiativstellungnahme](#) zur Freiwilligentätigkeit schlägt der EWSA vor, 2025 zum Europäischen Jahr der Freiwilligen auszurufen, die EU-Freiwilligenprogramme einschließlich Förderungen auch für ältere Menschen zu öffnen und eine EU-weit einheitliche Methode zur Erhebung von Daten über die Freiwilligentätigkeit zu erarbeiten, die von den Mitgliedstaaten und den Organisationen angewandt werden könnte.

Der **Berichterstatter für die Stellungnahme, Krzysztof Pater**, weist darauf hin, dass die Zukunft Europas nicht von den Entscheidungsträgern, der Politik oder den Organisationen der Zivilgesellschaft aufgebaut werden wird, sondern von aktiven Bürgerinnen und Bürgern und Freiwilligen – von Menschen, die ihre Freizeit dem Allgemeinwohl widmen.

Von den Europäerinnen und Europäern engagiert sich ein Fünftel alljährlich als Freiwillige. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass sich jedes Jahr 25 % der jungen Menschen in Europa an einer organisierten Freiwilligentätigkeit beteiligen. Tagtäglich opfern Freiwillige aller Altersstufen und unterschiedlichster Herkunft ihre Zeit dafür, sich um andere Menschen oder die Umwelt zu kümmern, die Gesellschaft zu stärken und eine nachhaltige Zukunft aufzubauen.

„Es bedarf einer umfassenden systematischen Unterstützung auf europäischer und nationaler Ebene, denn die positiven Effekte der Freiwilligentätigkeit übersteigen bei Weitem die potenziellen Kosten“, so Pater. Laut verfügbaren Daten lässt sich der wirtschaftliche Wert der Freiwilligentätigkeit konkret beziffern und beläuft sich in manchen Ländern auf über 2 Prozent des BIP.

Seit dem letzten Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ist das Thema jedoch zunehmend von der europäischen Agenda verschwunden und taucht dort nur mehr sporadisch auf. So richtete die EU das Programm „Freiwillige für humanitäre Hilfe“ und das Europäische Solidaritätskorps ein und machte die Freiwilligentätigkeit zum Schwerpunktthema des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

Nach Ansicht des EWSA verdienen der Beitrag der Freiwilligen sowie die Zufriedenheit und das Zusammengehörigkeitsgefühl, die sie dank ihrer Tätigkeit erleben, mehr Anerkennung. (II)



Nationale Aufbaupläne als Chance, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen

Im Zuge der COVID-19-Pandemie ist die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten sprunghaft angestiegen, wodurch sich auch die Zahl der jungen Menschen, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren (NEET), erhöht hat. In einer kürzlich verabschiedeten Initiativstellungnahme vertritt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) die Auffassung, dass die nationalen Aufbaupläne eine einzigartige Chance darstellen, diesen Trend umzukehren und allen jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit einer guten Arbeit zu geben.

„Die nationalen Aufbaupläne sind eine einzigartige Chance, die wir nicht einfach so verstreichen lassen dürfen. Aber es muss für eine inklusive Governance und einen transparenten Dialog gesorgt werden“, sagte die Berichterstatterin für die Stellungnahme, **Nicoletta Merlo**.

Sie bedauere, dass es bei der Erarbeitung der nationalen Aufbaupläne „keine echte Konsultation der Sozialpartner, der Jugendorganisationen und der organisierten Zivilgesellschaft“ gegeben habe, so Merlo weiter. Diese müssten nun in die Umsetzung und Überwachung der Pläne einbezogen werden.

„So können wir den sozialen Dialog auf der nationalen Ebene garantieren. Dieser ist essentiell, um sicherzustellen, dass öffentliche Gelder sinnvoll für eine inklusive Erholung eingesetzt werden. Wir wollen, dass die Mitgliedstaaten gute Arbeitsplätze und inklusive Dienstleistungen für junge Menschen schaffen, insbesondere für jene mit Behinderungen und solche, die aus unterschiedlichen Gründen besonders schutzbedürftig sind.“

In den Plänen sollte besonderer Wert auf die Weiterqualifizierung von jungen Menschen mit Qualifizierungsbedarf gelegt werden, wobei unbefristete Verträge und gute Arbeitsbedingungen im Vordergrund stehen sollten. So kann das Risiko eingegrenzt werden, dass viele junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie dies derzeit der Fall ist, in prekärer Beschäftigung enden.

Den jüngsten Eurostat-Daten zufolge haben ca. 17 % der Unter-30-Jährigen, also jeder Sechste von ihnen, aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der Zahl der NEET-Jugendlichen. Durch Schulabbrüche, fehlende Berufsberatung, einen Mangel an Arbeitsplätzen und Arbeitsplatzverluste hat sich die Lage hier

weiter verschärft.

Ein Weg, um vorzeitige Schulabbrüche zu verhindern, ist die Förderung hochwertiger Praktika. Diese können jungen Menschen zudem bei einem reibungsloseren Einstieg in den Arbeitsmarkt helfen. Aus diesem Grund fordert der EWSA ein Verbot unbezahlter Praktika und eine angemessene Vergütung für alle Praktikantinnen und Praktikanten. (II)



EWSA sieht in der Partnerschaft zwischen der EU und den USA einen Anker für Demokratie, Frieden und Sicherheit

Angesichts des offensiven Auftretens Chinas und Russlands ist eine erneuerte, verlässliche transatlantische Partnerschaft der Schlüssel zur Wahrung der internationalen Rechtsordnung und des Friedens. Der EWSA unterstützt die Idee einer Allianz der

Demokratien und bekräftigt, dass die Zivilgesellschaft bei der gemeinsamen Verteidigung universeller Werte und Rechte eine wichtige Rolle spielt.

In einer auf der Plenartagung im Dezember verabschiedeten [Initiativstellungnahme](#) betont der EWSA, dass die EU und die USA gemeinsam für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte für alle eintreten sollten, und unterstreicht die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für Europas Platz in der Welt.

Christian Moos, Berichterstatter für die Stellungnahme, betonte: „Die Idee universeller Menschenrechte verbindet weiterhin große Teile der EU mit den freien Demokratien der Welt, vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika“.

Mitberichterstatter **Peter Clever** fügte hinzu: „Der universelle Charakter der Menschenrechte kommt in dieser umfassenden Selbstverpflichtung aller bei der Umsetzung [dieser Rechte] zum Ausdruck. Das macht sie so wertvoll als Basis für Dialog und Verständigung.“

Daher betont der EWSA nachdrücklich, dass nur eine lebendige Zivilgesellschaft für die gemeinsamen Werte begeistern und sie bewahren kann. Er fordert die EU auf, eine transatlantische Plattform der organisierten Zivilgesellschaft mit Kontaktstellen in Nordamerika und Europa einzurichten. Darüber hinaus sollte ein zivilgesellschaftlicher transatlantischer Dialog über verschiedene Themen geführt werden, darunter Bürgerrechte, Desinformation und Klimaschutz.

Als entschiedener Befürworter der Idee einer Allianz der Demokratien fordert der EWSA die EU auf, im Schulterschluss mit den USA und anderen Demokratien der Welt eine „Strategie der kooperativen Eindämmung“ gegenüber China zu verfolgen. Kooperative Eindämmung bedeutet, dass legitime chinesische Interessen geachtet und gewahrt werden, gleichzeitig aber mit diplomatischer Klarheit und Härte reagiert wird, wenn – wie im Falle der Uiguren oder der Demonstranten in Hongkong – Rechte verletzt werden. (at)



EWSA verabschiedet Stellungnahme zum Legislativpaket zur Bekämpfung von Geldwäsche

Die Europäische Kommission hat den Mitgesetzgebern und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ihr neues Legislativpaket 2021 zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgelegt.

Der EWSA unterstützt in seiner auf der Dezember-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme die Vorschläge voll und ganz. Er betont aber auch, dass die Maßnahmen rasch umgesetzt werden müssen und schlägt wichtige Ergänzungen vor. Die Einrichtung der neuen Behörde für die Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) wird weitgehend befürwortet. Der Ausschuss bekräftigt auch seinen Vorschlag für einen europäischen Pakt zur Bekämpfung von Verhaltensweisen, die die ethischen und politischen Grundsätze unserer Demokratien untergraben und öffentlichen Gütern schaden. Er schlägt die Einrichtung eines neuen zivilgesellschaftlichen Beratungsgremiums zur Bekämpfung von Geldwäsche vor. Die Verordnung über Kryptowerte muss ebenfalls dringend umgesetzt werden. Die Europäische Kommission sollte angesichts der verspäteten und unvollständigen Umsetzung der früheren Geldwäscherichtlinien in einigen Mitgliedstaaten auf unverzügliches Handeln drängen und spezifische Maßnahmen zur Überwachung von Briefkastenfirmen ergreifen. Sie sollte auch prüfen, wie die Maßnahmen auf Geldwäschekanäle außerhalb des Finanzsystems angewendet werden können. Abschließend bringt der EWSA seine Überzeugung zum Ausdruck, dass eine neue, der Realität entsprechende und umfassende Liste der Drittländer mit hohem Risiko erstellt werden muss. (tk)



Ökologischer Wandel: kein rein wissenschaftliches Konzept, sondern eine Frage des Überlebens

Auf der gemeinsam vom EWSA und dem Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung (SDSN) der Vereinten Nationen veranstalteten Konferenz über die geopolitische Dimension des

Grünen Deals wurde hervorgehoben, welch weitreichende geopolitischen Konsequenzen der Grüne Deal für Europa und die ganze Welt haben wird. Der EWSA ist bereit, seinen Teil zur Umsetzung des Grünen Deals beizutragen und dafür zu sorgen, dass die Zivilgesellschaft sich den Grünen Deal auch wirklich zu eigen macht.

Fast 30 Jahre nach der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen sind dem im Oktober 2021 veröffentlichten [Bericht über die Emissionslücke](#) zufolge die klimaschädlichen Emissionen massiv gestiegen.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** betonte: „Aus diesem Grund ist der ökologische Wandel für Europa und den Rest der Welt eine Frage des Überlebens. Die organisierte Zivilgesellschaft kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir vor allem auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind, um den grünen Wandel zum Erfolg zu führen.“

EU-Energiekommissarin **Kadri Simson** fügte hinzu: „Das Verhältnis zu unseren Partnern wird sich verändern. Wenn wir die Klimakrise meistern wollen, muss jeder seinen Beitrag leisten. Ein neues Energiesystem wird neue Beziehungen mit sich bringen.“

Barbara Pompili, französische Ministerin für den ökologischen Wandel, stellte fest, dass der Grüne Deal und der grüne Wandel zu tiefgreifenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen führen werden. Europa muss sich bei der Emissionsverringerung, dem Schutz und der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Bekämpfung der Umweltverschmutzung möglichst ehrgeizige Ziele setzen. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Grünen Deals und einen wirklich gerechten Übergang ist Solidarität. Der Schwerpunkt sollte auf dem grünen Wandel des Energiesektors liegen. Daher sollte die EU mit ihrem geopolitischen Handeln zu stabileren Energiepreisen beitragen und zugleich die Risiken in Verbindung mit der Förderung und stärkeren Nutzung sauberer Energie verringern. Eine offene strategische Autonomie erfordert die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten, die mit hochwertigen lokalen Arbeitsplätzen und Vorteilen für die Bevölkerung vor Ort einhergehen muss. (at)



Normalisierungsdialog zwischen dem Kosovo und Serbien: Vermittlungsbemühungen der EU nach wie vor von entscheidender Bedeutung

Im Mittelpunkt der 51. Sitzung des Begleitausschusses Westbalkan standen die Lösung des Konflikts zwischen dem Kosovo* und Serbien und die Normalisierung ihrer Beziehungen. An dem Treffen unter dem Vorsitz von Ionuț Sibian nahmen prominente Rednerinnen und Redner teil - EU-Beamte, Westbalkan-Experten und zivilgesellschaftliche Vertreter der

lokalen Gemeinschaften. Sie vertraten einhellig die Meinung, dass der von der EU unterstützte Dialog der einzige Weg vorwärts ist.

Miroslav Lajčák, EU-Sonderbeauftragter für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Angelegenheiten im Westbalkan, gab einen Überblick über den von der EU unterstützten Dialog und die damit verbundenen Herausforderungen: Im Mittelpunkt der Debatte stehe statt des Abschlusses des Normalisierungsprozesses bedauerlicherweise einmal mehr die Konfliktlösung.

Marko Prelec von der Internationalen Krisengruppe stellte fest, dass ein umfassendes Abkommen zwischen dem Kosovo und Serbien derzeit kein realistisches Ziel sei, da ein solches Abkommen die gegenseitige Anerkennung voraussetzen würde.

Leon Hartwell vom *Center for European Policy Analysis* (CEPA) beklagte, dass die politische Bereitschaft zur Umsetzung der bislang 30 unter Vermittlung der EU zustande gekommenen Vereinbarungen zwischen dem Kosovo und Serbien sehr zu wünschen übrig lasse.

Branislav Staníček vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) unterstrich die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit für den Erfolg des Normalisierungsdialogs. Teilnehmer lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Belgrad, Pristina und Nord-Mitrovica betonten, dass die nötigen Voraussetzungen für die Überbrückung der ethnischen Kluft zwischen den Gemeinschaften geschaffen werden müssten.

Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. (at)



„Fit für 55“: Klimamaßnahmen müssen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gerechtigkeit, Emissionsreduktion und Wettbewerbsfähigkeit sorgen

Der EWSA hat Maßnahmen gefordert, mit denen sichergestellt werden soll, dass alle Interessenträger konsultiert werden und alle Bürgerinnen und Bürger von dem Paket „Fit für 55“ der Europäischen Kommission profitieren, mit dem die EU die erforderlichen Weichenstellungen vornimmt, um die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken.

„Die Umsetzung der überarbeiteten Ziele für 2030, die in dem Paket ‚Fit für 55‘ vorgeschlagen werden, wird sich in unterschiedlicher Weise auf die Regionen und Gemeinden in ganz Europa auswirken. Daher sind unbedingt gut konzipierte und angemessen finanzierte Solidaritätsmechanismen erforderlich, um einen sozial gerechten, wettbewerbsorientierten und ökologischen Wandel zu gewährleisten“, erklärte EWSA-Vizepräsident **Cillian Lohan**.

EWSA-Stellungnahmen und deren Schlussfolgerungen

In seinen insgesamt [22](#) Stellungnahmen unterstützt der EWSA das Paket nachdrücklich als ein notwendiges Mittel zur Beschleunigung der Energiewende und zur Verwirklichung der Klimaneutralität. Allerdings hebt er auch hervor, dass mit den Maßnahmen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialer Gerechtigkeit, Emissionsreduktion und Wettbewerbsfähigkeit gesorgt werden muss.

Der EWSA gibt in seinen Stellungnahmen folgende übergeordnete Empfehlungen ab:

- Während einige Branchen von den im Paket vorgeschlagenen Maßnahmen hart getroffen werden, wird die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft anderen neue Chancen eröffnen. Ziel müssen ausgewogene Maßnahmen zur Unterstützung derjenigen sein, auf die sich die Klimawende negativ auswirkt.
- Um den Zugang zu den neuesten verfügbaren Technologien sowie digitale und nachhaltige Kompetenzen sicherzustellen, sind Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme für Unternehmer und Arbeitnehmer erforderlich.
- Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Transparenz, die Rechenschaftspflicht und eine ausgewogene Wirtschaftspolitik, bei der alle Interessen miteinander in Einklang gebracht werden.
- Die Sozialpartner und einschlägige Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine wichtige Rolle und müssen an der Planung und Umsetzung des Pakets „Fit für 55“ beteiligt werden.

Beim grünen Wandel darf niemand zurückgelassen werden, weshalb die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. (mr)



Der EU-Aufbauplan muss bei den ressourcen- und energieintensiven Industrien der EU für einen gerechten Übergang sorgen

Der EWSA hat eine [Initiativstellungnahme](#) zum Thema „Unterstützung des sozialverträglichen Wandels der ressourcen- und energieintensiven Industrien (REII) hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung durch den Europäischen Aufbauplan“ verabschiedet. Der EWSA fordert die Kommission und die anderen EU-Institutionen auf, für gleiche

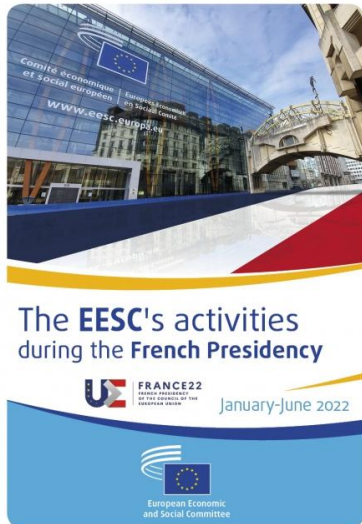
Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu sorgen, um eine ungleiche Verteilung der Vorteile für die Industrie aufgrund unterschiedlicher einzelstaatlicher Ansätze zu vermeiden.

Die industrielle Produktion in Europa wurde hart von der Pandemie getroffen. Die europäischen Unternehmen in den ressourcen- und energieintensiven Branchen hatten schon mit Schwierigkeiten zu kämpfen, bevor nun unerwartet diese neue Krise über sie hereinbrach. Gleichzeitig stehen die europäischen Unternehmen in den ressourcen- und energieintensiven Branchen unter hohem Anpassungsdruck, um den politischen Zielen der EU zu genügen, den Klimawandel durch die Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu bekämpfen.

„Ein industrieller Wandel wird nur dann möglich sein, wenn die Energiewende vollzogen wird. Für einen [gerechten Übergang](#) im Einklang mit dem Ziel der [Klimaneutralität](#) sind Forschung und Innovation sowie eine ordnungsgemäße Umsetzung des Europäischen Aufbauplans wesentlich. Dies setzt die Verfügbarkeit ausreichender und erschwinglicher CO₂-armer Energiequellen voraus, die eine CO₂-arme industrielle Produktion ermöglichen“, erklärte der Berichterstatter, **Andrés Barceló Delgado**.

„Bei den ressourcen- und energieintensiven Industrien muss unbedingt ein gerechter Übergang herbeigeführt werden. Der Europäische Aufbauplan und die dazugehörigen nationalen Aufbau- und

Resilienzpläne müssen zur Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze führen, für die Einbeziehung der Sozialpartner sorgen und die Bewältigung von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch Umschulung und Weiterqualifizierung fördern“, fügte der Ko-Berichtersteller, **Enrico Gibellieri**, hinzu. (ks)



Die Tätigkeiten des EWSA während des französischen EU-Ratsvorsitzes

Frankreich übernimmt den Vorsitz des Rates der Europäischen Union zu einem entscheidenden Zeitpunkt, steht diese doch vor zahlreichen gesundheitspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen.

Zu Frankreichs Hauptprioritäten gehören die Stärkung von Europas Souveränität in den Bereichen Migration, Verteidigung und Nachbarschaftspolitik ebenso wie die Schaffung eines neuen europäischen Modells, das die wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension miteinander in Einklang bringt, aber auch die Stärkung unseres Zusammengehörigkeitsgefühls – dem eigentlichen Ziel des Projekts Europa und der zentralen Herausforderung für die Konferenz zur

Zukunft Europas. Anlässlich des Europäischen Jahres der Jugend 2022 will Frankreich während seines EU-Ratsvorsitzes zudem jungen Menschen besonderes Gehör schenken.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist fest entschlossen, eng mit dem französischen Ratsvorsitz zusammenzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft vernommen wird. Dem gemeinsamen Engagement für eine starke und bürgernahe Europäische Union sieht er erwartungsvoll entgegen. In dieser Broschüre werden die wichtigsten Aktivitäten und Initiativen vorgestellt, die der EWSA zur Unterstützung der Bemühungen des französischen Ratsvorsitzes ergreifen wird.

Sie ist auf dem [EWSA-Internetportal](#) auf Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar. Papierfassungen können unter vipcese@eesc.europa.eu angefordert werden. (af)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Eine neue Vision für die Zukunft Europas

von der Gruppe Arbeitgeber

Die Zukunft Europas ist eng verbunden mit der ihrer Industrie: ehrgeizige Ziele erfordern starke und innovative Unternehmen, die es schaffen, den Erfordernissen des digitalen und grünen

Wandels gerecht zu werden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern.

Auf der zentralen Veranstaltung der Gruppe Arbeitgeber im Rahmen der laufenden Konferenz zur Zukunft Europas sprachen daher innovative Geschäftsführer, EWSA-Mitglieder, Vertreter europäischer Unternehmensverbände und Herman Van Rompuy, ehemaliger Präsident des Europäischen Rates, über diese Themen. Aus den Beiträgen der Hauptredner, der Podiumsdiskussion, den Kommentaren und den Fragen des Publikums lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. **Neue Hoffnung und Zuversicht für das Projekt Europa:** Die Entwicklung der Pandemie zeigt, dass ein optimaler Wiederaufbau nur mithilfe eines unternehmerischen Ansatzes möglich ist.
2. **Mehr Wettbewerb in Europa - mehr Wohlstand für die heutige und künftige Generationen:** Die Konferenz zur Zukunft Europas sollte sich mit allen Kräften darum bemühen, greifbare Ergebnisse für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Pandemie zu erzielen und sicherzustellen, dass Europa die attraktivste Weltregion wird, um Unternehmen zu gründen, zu führen und auszubauen.
3. **Umfassende Nutzung des bestehenden institutionellen Rahmens:** Die EU sollte den bestehenden institutionellen Rahmen umfassend nutzen, da viele ihrer Ziele ohne eine Änderung der Verträge erreicht werden können.
4. **Aufbrechen verkrusteter Strukturen: sektorübergreifende Partnerschaften, um Innovation und Wachstum zu ermöglichen:** In einer sich rasch wandelnden Welt ist die Fähigkeit, sich zu vernetzen und spartenübergreifend zu arbeiten – die Schaffung hochgradig dynamischer Netze zwischen digitalen Ökosystemen sowohl auf lokaler Ebene wie weltweit – für Innovation, Wachstum und Förderung eines europäischen Modells nachhaltigen Wachstums entscheidend.
5. **Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, um den zweifachen Wandel zu meistern:** Zur Beschleunigung des grünen und des digitalen Wandels müssen verschiedene Initiativen zu einer kohärenten Strategie zusammengefügt werden.
6. **Neue nachhaltige Geschäftsmodelle:** Europas Zukunft ist eng verknüpft mit der seiner Industrie. Ehrgeizige Ziele bedürfen starker und innovativer Unternehmen. Die Zukunft der Unternehmen hängt auch von deren Fähigkeit ab, sich durch neue, nachhaltigere Geschäftsmodelle anzupassen und neu zu erfinden.
7. **Talente, Bildung und Zukunftskompetenzen:** Kompetenzen und Bildung sind eine zentrale gemeinsame Verantwortung für Innovationen im gesamten Ökosystem – und ausschlaggebend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und seinen Erfolg beim digitalen und grünen Wandel. Weitere Informationen über die Veranstaltung und das Engagement der Gruppe Arbeitgeber des EWSA auf der Konferenz zur Zukunft Europas finden Sie hier:

Vollständiger Bericht: <https://europa.eu/!76xuy6>

Video der Veranstaltung: <https://www.youtube.com/watch?v=xd9AWe1W3nE&t=1s>

Manifest "Making the EU Capable of Action": <https://europa.eu/!qRGjVK>

Website der Veranstaltung mit weiteren Informationen: <https://europa.eu/!Qxx7C9> (dv/kr)



Die Patente für Corona-Impfstoffe müssen jetzt freigegeben werden!

von der Gruppe Arbeitnehmer

Zu Beginn des neuen Jahres steigen die Corona-Fallzahlen in Europa dramatisch an, mit der neuen Omikron-Variante des Coronavirus geht auch weltweit ein exponentielles Wachstum bei den Infektionen einher. Dank der allmählichen Immunität und der bereits durchgeführten Impfungen sowie der natürlichen Entwicklung des Virus hin zu weniger tödlichen und aggressiven Varianten verursachen die extrem hohen Inzidenzen jedoch weniger schwere Krankheitsverläufe, Krankenhausaufenthalte und Todesfälle.

Dennoch sind unsere Gesundheitssysteme wieder einmal überlastet. Und auch wenn die Impfquoten in den reichen Ländern generell sehr hoch sind, sind sie in vielen Teilen der Welt, wo die Gesundheitssysteme zudem auch noch weniger gut ausgestattet sind, deutlich niedriger. Die Pandemie fordert weltweit immer weitere Todesopfer. Die Entwicklungsländer sind besonders stark betroffen, das Virus kann hier außerdem unvermindert schnell weitermutieren. Manche Mutationen, wie Omikron, sind nicht so gefährlich, aber darauf dürfen wir uns nicht verlassen.

Für eine endgültige Bewältigung der Pandemie kommt es auf die Impfstoffe an. Deren Entwicklung wäre ohne die enormen Fortschritte in Wissenschaft und Medizin und die Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen undenkbar gewesen. Darum müssen Impfstoffe ein öffentliches Gut bleiben. Ihre Verteilung sollte von demokratischen Institutionen überwacht werden. Wir brauchen eine vorübergehende Aussetzung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe und andere Gesundheitsprodukte und -technologien im Rahmen des TRIPS-Abkommens der Welthandelsorganisation (WTO). Die TRIPS-Ausnahmeregelung wurde vor einem Jahr von Indien und Südafrika vorgeschlagen, um sicherzustellen, dass geistige Eigentumsrechte während der Pandemie nicht zu einem Hindernis für den unverzüglichen, allgemeinen und erschwinglichen Zugang zu den notwendigen Gesundheitsprodukten und deren Entwicklung werden, einschließlich der zur Bekämpfung von COVID-19 benötigten Impfstoffe. Mehr als 100 Länder haben sich in der WTO für die Aussetzung des Patentschutzes ausgesprochen, aber die Europäische Union gehört zu den WTO-Mitgliedern, die die vorgeschlagene Ausnahmeregelung für COVID-19-bezogene geistige Eigentumsrechte im Rahmen des TRIPS-Übereinkommens, auch für COVID-19-Impfstoffe, noch nicht unterstützen.

Wenn nicht schleunigst eine Ausnahmeregelung vereinbart wird, könnten einige wenige große Pharmaunternehmen andere Hersteller an der Impfstoffproduktion hindern, was den Bemühungen der EU um eine Ausweitung der Produktion in der EU und der Impfstoffproduktion in Entwicklungsländern in der ganzen Welt zuwiderlaufen würde. Außerdem würde sich die Pandemie weiter in die Länge ziehen, was

wiederum die wirtschaftliche Erholung der EU und der Weltwirtschaft insgesamt gefährden würde. Auch wenn sich die endemische Phase und damit das Ende der Pandemie bereits am Horizont abzeichnen, zeigt die neue Welle zu Beginn des neuen Jahres, dass noch ein langer Weg vor uns liegt, der umso länger dauern und weltweit umso mehr Menschenleben fordern wird, je länger einem großen Teil der Weltbevölkerung weiterhin der Zugang zu Impfstoffen verwehrt wird. (prp)



EWSA-Studie: Zu wenige Möglichkeiten für Freiwilligentätigkeit

von der Gruppe Vielfalt Europa

In allen EU-Mitgliedstaaten wollen Menschen als Freiwillige arbeiten, so die jüngst vom EWSA durchgeführte Studie [New trends in the development of volunteering in the European Union](#) („Neue Trends bei der Entwicklung der Freiwilligentätigkeit in der Europäischen Union“). Obwohl sich zahlreiche Menschen für die Freiwilligentätigkeit interessieren, ist die Freiwilligenquote nicht in allen Mitgliedstaat gleich hoch, was vor allem auf unterschiedliche Traditionen und Infrastrukturen zurückzuführen ist.

Die Studie zeigt zudem zwei europaweite Trends bei der Freiwilligentätigkeit auf: Erstens tragen neue Akteure immer stärker dazu bei, das Interesse für die Freiwilligentätigkeit zu wecken und die Interessenten mit jenen zusammenzubringen, die Freiwillige suchen. Zweitens nimmt die spontane Bereitschaft zur Freiwilligentätigkeit dank neuer Technologien und der sozialen Medien zu.

In der Studie wird daher empfohlen, die stärkere Einbindung von Dritten und den Abbau von Hürden für eine spontane Freiwilligentätigkeit von Einzelpersonen finanziell zu fördern. Außerdem sollten Freiwilligenorganisationen dabei unterstützt werden, Freiwilligentätigkeiten besser an den Präferenzen potenzieller Freiwilliger auszurichten.

In Auftrag gegeben wurde die EWSA-Studie auf Antrag der [Gruppe Vielfalt Europa](#), deren Mitglieder tagtäglich in engem Kontakt mit Freiwilligen stehen und maßgeblich dafür sorgen, dass das freiwillige Engagement organisiert und dauerhaft gesichert wird.

Die Studie wurde im Dezember 2021 im Rahmen des Internationalen Tages des Ehrenamts veröffentlicht und bei einer Online-Veranstaltung der Gruppe Vielfalt Europa präsentiert. Die Presseveranstaltung wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe Vielfalt Europa, **Kinga Joó**, moderiert und vom Vorsitzenden der Gruppe Vielfalt Europa, **Séamus Boland**, eröffnet. Zudem gab es eine Präsentation des federführenden Verfassers der Studie, **Dr. Lucas Meijs**, sowie des Berichterstatter der jüngsten EWSA-Stellungnahme [„Freiwilligentätigkeit – Bürgerinnen und Bürger gestalten die Zukunft Europas“](#), **Krzysztof Pater**.

Weitere Informationen zur [Studie](#), zur [EWSA-Stellungnahme](#) und zur [Präsentation der Studie](#) finden Sie auf dem EWSA-Internetportal.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



99 Schülerinnen und Schüler entlarven gemeinsam Desinformation und Fake News

In den kommenden Monaten werden sich Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen aus ganz Europa darauf vorbereiten, gemeinsam Vorschläge zur Bekämpfung von Desinformation in Europa zu erarbeiten. Im März werden sie sich dann auf die Ideen verständigen, die den EU-Führungsspitzen vorgelegt werden sollen.

„Die Wahrheit über Lügen – Jugendliche entlarven Fake News und Desinformation“ lautet das Thema der 13. EWSA-Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say“ (YEYS).

561 weiterführende Schulen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten und den fünf Kandidatenländern (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Türkei) haben sich für die Teilnahme an [YEYS 2022](#) beworben. Die Bewerbungsfrist endete am 2. Dezember 2021. Die teilnehmenden Schulen (eine pro Land) wurden am 9. Dezember 2021 ausgelost. Eine **Liste der ausgewählten Schulen** können Sie [hier abrufen](#).

Die Debatten mit den 99 Schülerinnen und Schülern finden am 31. März und 1. April 2022 per Videokonferenz statt. Die Vorbereitungen im EWSA für die Online-Veranstaltung sind in vollem Gange.

Ab Mitte Januar finden die Besuche der EWSA-Mitglieder, die Ansprechpartner für Kommunikation sind, an den ausgewählten Schulen statt, um die Schülerinnen und Schüler bei der Vorbereitung der großen Debatten zu unterstützen.

Die Veranstaltung soll für die Gefahren von Desinformation sensibilisieren und junge Menschen ermutigen, Falschmeldungen entschiedener entgegenzutreten.

„YEYS 2022“ gilt als eine der wichtigsten Veranstaltungen im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022. (ck)



Fahradkuriere von Lieferdiensten – die Cowboys von heute: eine Fotoausstellung

Im Rahmen einer virtuellen Fotoausstellung präsentiert der EWSA Bilder des französischen Fotografen Frédéric Stucin, der Fahrerinnen und Fahrer von Lieferdiensten abgelichtet hat, die heutzutage das Stadtbild prägen. Er thematisiert darin eine neue Beschäftigungsform, bei der die europäischen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

häufig umgangen werden.

Die Ausstellung zeigt eine Serie von 20 Bildern, auf denen Fahrerinnen und Fahrer zu sehen sind, die für Lieferdienste wie Uber Eats oder Deliveroo arbeiten.

*„Die Fahrer, die Tag und Nacht auf Fahrrädern oder Mopeds durch die Stadt flitzen, erinnern mich an die legendären Reiter des Pony Express, die in den USA die Post auslieferten“, so **Frédéric Stucin**.*

Seine Fotos verdeutlichen auch die harten Bedingungen, unter denen die Fahrer arbeiten: Sie müssen bei jedem Wetter draußen unterwegs sein, vor Restaurants warten, die Kosten für Fahrzeug und Strafen selbst tragen sowie mit wenig rücksichtsvollen Plattformen und Kunden und dem Unfallrisiko zurechtkommen.

Die Plattformen, für die sie tätig sind, sprechen von Flexibilität und der Freiheit, seine Arbeitszeiten frei zu wählen, aber vielen dieser Arbeitnehmer werden die grundlegendsten Arbeitsrechte verwehrt. In der Zwischenzeit gibt es gewisse Fortschritte: So bieten manche Plattformen nun etwas bessere Arbeitsbedingungen, und die Fahrer haben begonnen, sich zu organisieren und gegenseitig zu unterstützen.

*„Mit meinen Fotos wollte ich diese mutigen Menschen würdigen, die unseren Respekt verdienen“, betont **Stucin**.*

Die Fotos verdeutlichen die Probleme der wachsenden Gruppe atypisch Beschäftigter, die auch Thema der auf der Plenartagung im Januar zur Erörterung anstehenden EWSA-Stellungnahme [Der soziale Dialog als Mittel zur Förderung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz](#).

Die im Zusammenhang mit dem französischen EU-Ratsvorsitz organisierte Ausstellung ist vom **15. Januar bis zum 15. Februar** 2022 [HIER](#) zu sehen. (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

AAmalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)

Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

01/2022